

Gemeinsam den sozialverträglichen Braunkohle-Ausstieg einleiten

Auswirkungen eines möglichen Verkaufs der Braunkohlesparte durch Vattenfall

Nach der Wahl zum schwedischen Reichstag am 14. September löste eine Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen die bislang regierenden Konservativen ab. Mit dem Regierungswechsel soll auch der staatseigene Konzern Vattenfall stärker eine Neuausrichtung erfahren: "Die Zukunft des Unternehmens muss in der Entwicklung erneuerbarer Energien liegen und nicht in Kohle und Gas", erklärte der neue schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven.

Schon unter der schwedischen Vorgängerregierung waren die Pläne Vattenfalls bekanntgeworden, die Braunkohlesparte zu veräußern. Grund dafür ist zum einen, dass die klimaschädliche Energiegewinnung aus Braunkohle nicht mehr in das Ziel-Portfolio des Konzerns mit der Ausrichtung auf 100 Prozent erneuerbare Energien passt. Für den Verkauf hat der Konzern aber auch gewichtige betriebswirtschaftliche Gründe: Schon länger ist absehbar, dass die Braunkohlesparte zum Verlustgeschäft wird.

Dass Vattenfall die rechtlichen Voraussetzungen für den Aufschluss neuer Tagebaue in den letzten Jahren stark forciert hat, ist insofern vor allem darin begründet, ggf. den Verkaufspreis zu steigern. Landesplanerisch wurde mit der Genehmigung des Braunkohlenplans, der im Juni dieses Jahres für Welzow-Süd II von der Brandenburger Landesregierung beschlossen wurde, die Voraussetzung dafür geschaffen, dass hierfür ein Rahmenbetriebsplan eingereicht werden kann. Derzeit läuft zudem ein weiteres Braunkohlenplanverfahren für den neuen Tagebau Jänschwalde Nord. Im Gespräch ist auch ein neues Kraftwerk. Da der Bund Eigentümer aller Bergrechtseigentume in Brandenburg ist, wäre vor einer Inbetriebnahme von Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord allerdings noch der Erwerb dieser Eigentume durch den Tagebaubetreiber erforderlich. Falls sich Vattenfall aus der Lausitz zurückziehen sollte, könnte ein neuer Eigentümer einsteigen.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass mit dem Rückzug von Vattenfall aus der Lausitz das Thema Braunkohleabbau nicht automatisch zu Ende ist, sondern bei einem lediglichen Eigentümerwechsel weder dem Klimaschutz noch den von Umsiedlung betroffenen Menschen geholfen wäre. Ganz im Gegenteil wäre damit zu rechnen, dass mit dem Verkauf der Braunkohlesparte an einen anderen Konzern oder Finanzinvestor eine beschleunigte Ausbeutung der Brandenburger Lagerstätten einhergehen könnte. Auch für die Beschäftigten von Vattenfall wäre der Verkauf mit großen Unsicherheiten verbunden: Zu erwarten ist, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern und Arbeitsplätze schneller abgebaut werden könnten.

Strukturwandel in der Lausitz als Ziel setzen und aktiv gestalten

Offenbar ohne Rücksprache mit der eigenen Regierung hat der Vattenfall-Konzern jüngst seine Verkaufsabsichten noch einmal öffentlich deutlich gemacht. Bündnis 90/Die Grünen sehen Vattenfall jedoch ähnlich wie die schwedische Regierung aufgrund der über Jahrzehnte empfangenen indirekten Subventionen aus dem Landeshaushalt und seinen Milliardeneinnahmen aus der Braunkohle in Brandenburg in der Pflicht, den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle und den Umstieg auf erneuerbare Energien in Brandenburg mitzugestalten.

Eine verantwortungsvolle Brandenburger Energiepolitik muss Vattenfall beim Umsteuern aktiv begleiten. Ziel muss es sein, den schwedischen Staatskonzern als Akteur beim notwendigen Umbau der Energiebranche in der Lausitz zu halten, anstatt wie bisher der Region durch das Festhalten an überkommenen Strukturen die Entwicklungschancen zu verbauen. In den bereits zum Abbau genehmigten Tagebauen stehen etwa noch eine Milliarde Tonnen Braunkohle zur Verfügung; deren Auskohlung wird noch bis in die 2030er-Jahre reichen – höchste Zeit, den unumgänglichen Strukturwandel in die Wege zu leiten.

Ein schrittweises Auslaufen der klimaschädlichen Braunkohleförderung befindet sich zudem sowohl im Einklang mit den Empfehlungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) als auch des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW): Demnach sollen die Auslastung der Kohlekraftwerke und die Jahresförderung der Tagebaue schrittweise sinken. Zugleich würden wir mit einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung unseren Beitrag zum neuen internationalen Klimaschutzabkommen leisten. So müssen zwei Drittel der weltweiten fossilen Energievorräte unter der Erde bleiben, um zu verhindern, dass sich die Erde um mehr als 2 Grad Celsius erwärmt.

Rot-Rot handelt unverantwortlich gegenüber Mensch und Umwelt

Der rot-rote Koalitionsvertrag weist jedoch in die komplett entgegengesetzte Richtung. Während selbst auf Bundesebene mittlerweile über eine Reduzierung des Kohlekraftwerkparcs nachgedacht wird, halten SPD und Linke in Brandenburg an neuen Tagebauen und Umsiedlung fest. Das ist nicht nur klimapolitisch unverantwortlich, sondern auch verfassungsrechtlich äußerst fragwürdig. Hinzu kommt, dass das Ziel der neuen Landesregierung, Brandenburgs CO₂-Ausstoß bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 72 Prozent zu senken, ein wirkungsloses Lippenbekenntnis bleibt, so lange der Braunkohleausstieg nicht rechtlich verbindlich in Angriff genommen wird.

Dass die Landesregierung nun überlegt, in die mit großen betriebswirtschaftlichen Risiken belastete Braunkohlesparte einzusteigen, ohne den Kohle-Ausstieg und den damit verbundenen notwendigen Umbau des Energiebereichs anzupacken, spricht für einen fahrlässigen Umgang mit Landesmitteln – die nicht zuletzt wegen der BER-Misere nicht zum besten stehen.

Unser Ziel ist es, den Verkauf der Braunkohlesparte durch Vattenfall zu verhindern und den Konzern stattdessen in die Pflicht zu nehmen, den notwendigen Strukturwandel im Energiebereich auch in Brandenburg mitzugestalten.

Erwägungen und Pläne, mit einer Übernahme oder Teilfinanzierung der Braunkohlesparte durch das Land Braunkohleverstromung weiter künstlich zu verlängern und damit den Ausstieg aus der Braunkohle zu verhindern bzw. zu verzögern, lehnen wir ab. Die hiermit verbundenen Risiken wie

u. a. Finanzierungsrisiken, Bergbaufolgerisiken sowie künftige gesetzliche/rechtliche Risiken dürfen nicht dem Land bzw. dem Landeshaushalt und damit auch uns Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden.

Für die Ausbeutung der Braunkohlelagerstätten in der Lausitz zahlt Brandenburg einen sehr hohen Preis: die Landschaft wird auf Jahrzehnte verschandelt, riesige Flächen sind wegen Rutschungen gesperrt und der Wasserhaushalt der gesamten Region wird durcheinander gebracht; von den bisher vollkommen unabsehbaren Folgen der Spreeverockerung ganz zu schweigen. Die Kosten für diese Schäden sind kaum abschätzbar und ohne massive Subventionierung durch die Allgemeinheit wäre der Braunkohleabbau schon längst nicht mehr wettbewerbsfähig. Rund 60 Millionen Einnahmen entgehen dem Landeshaushalt jährlich dadurch, dass aufgrund des Einigungsvertrags keine Förderabgabe gezahlt werden muss und die Landesregierung Vergünstigungen beim Wassernutzungsentgelt gewährt. Weitere 60 Millionen Euro spart das Unternehmen jährlich zudem durch die Befreiung von der EEG-Umlage und weitere Millionen durch die zu niedrigen CO₂-Zertifikate im Emissionshandel. Diese Industrie bietet keine Zukunft für die Lausitz.

Dazu kommt: Jeder Tagebau ist mit Enteignung, Umsiedlung, Natur- und Landschaftszerstörung verbunden. Die Schadstoff-Emissionen aus der Verbrennung der Braunkohle gefährden die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner; die Verunreinigung der Fließgewässer schwächen Flora und Fauna und bedrohen tausende Arbeitsplätze im Spreewald; und nicht zuletzt befeuern die CO₂-Emissionen den weltweiten Klimawandel.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg fordern von der neuen rot-roten Landesregierung:

- Unterstützung des dringend notwendigen Strukturwandels in der Lausitz, um den schnellstmöglichen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung zu befördern
- Rücknahme der Vorhaben zum Aufschluss der neuen Tagebaue Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord
- Einstieg in Gespräche mit der schwedischen Regierung über einen Ausstiegsfahrplan aus der Braunkohle respektive der Frage, wie der Vattenfall-Konzern den Strukturwandel im Energiebereich in der Lausitz mitgestalten kann
- Keine künstliche Verlängerung der Braunkohleverstromung durch Übernahme oder Teilfinanzierung der Braunkohlesparte durch das Land
- Mit einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung Brandenburgs einen Beitrag zum neuen internationalen Klimaschutzabkommen zu leisten
- Über den Bundesrat einen Kohleausstiegs-Fahrplan zu forcieren sowie Bergrechtsänderungen zu unterstützen, mit denen neue Tagebaue ausgeschlossen werden können und die Beweislastumkehr bei Bergschäden eingeführt wird
- Sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Bund seine Bergwerkseigentü-

me in der Lausitz nicht veräußert und zudem die alten Bergwerkseigentume ersatzlos löscht, damit ein erneuertes bundesdeutsches Bergrecht wirksam werden kann.